

An **Interessierte**

Knochenhauerstraße 20-25
28195 Bremen
Tel. 0421/30 23 80

Von **Paul M. Schröder (Verfasser)**

eMail: institut-arbeit-jugend@t-online.de

Seiten 6 (Text: 2, Tabellen: 3, Anhang: 1)

Datum 22. November 2013 (sgb2-frauenquoten-frauenfoerderquoten-2012)

BIAJ-Materialien

Frauenquoten SGB II (Hartz IV): Ist-Quoten und alternative Quoten im Bund und den Ländern

In diesen BIAJ-Materialien geht es nicht um „die Frauenquote“, die Frauenquote in den Aufsichtsräten großer börsennotierter Unternehmen. Es geht um die weniger beachteten Frauenquoten am „anderen Rand“ oder auch „unteren Rand“ des Arbeitsmarktes, der Gesellschaft. Und es geht, noch einmal, um die sogenannte „Mindest-Frauenförderquote“ im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) und deren fragwürdige Berechnung bzw. „Runterrechnung“:

2012 waren im Bundesdurchschnitt **52,9 Prozent** der „Langzeitleistungsbeziehenden“ (LZB) Frauen. Von den „erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ (eLb) waren 51,5 Prozent Frauen, von den im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) registrierten Arbeitslosen nur noch 46,9 Prozent. Die für das Jahr 2012 in der SGB II-Eingliederungsbilanz berechnete Soll-Mindestbeteiligung von Frauen an den „Leistungen zur Eingliederung“ betrug **46,8 Prozent**, die Ist-Beteiligung **43,5 Prozent**. >>>

Diverse SGB II-Frauenquoten (Hartz IV): Von den Langzeitbeziehenden bis zur alternativen "Mindest-Frauenförderquote"

Berichtsjahr 2012 (JD)

	Anteil der Frauen (in Prozent) an den ...	"Mindestfrauenförderquote" gemäß gegenwärtiger Berechnungsmethode	"Frauenförderquote" Ist gemäß SGB II-Eingliederungsbilanz 2012	"Mindestfrauenförderquote" gemäß alternativer Berechnungsmethode
Bund, West, Ost, Bundesländer	... Langzeitleistungsbeziehenden (LZB)	Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II (Hartz IV)	... erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb)	... erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb)
	siehe Tab. 3 Spalte 8	siehe Tab. 1 Spalte 8	siehe Tab. 2 Spalte 8	siehe Tab. 2 Spalte 12
	- 1 -	- 3 -	- 2 -	- 6 -
	- 4 -	- 5 -		
Bundesrepublik Deutschland	52,9%	46,9%	51,5%	53,6%
Westdeutschland	54,1%	47,7%	52,4%	55,2%
Ostdeutschland	50,7%	45,2%	49,7%	50,7%
Schleswig-Holstein	51,9%	45,0%	50,7%	51,8%
Hamburg	52,4%	43,7%	50,8%	52,0%
Niedersachsen	53,5%	47,5%	52,1%	54,8%
Bremen	52,6%	45,4%	51,0%	52,5%
Nordrhein-Westfalen	53,5%	47,3%	51,7%	53,7%
Hessen	54,7%	48,7%	52,7%	55,8%
Rheinland-Pfalz	54,9%	48,4%	52,8%	56,2%
Baden-Württemberg	56,0%	49,6%	54,0%	58,6%
Bayern	57,1%	49,9%	54,8%	60,0%
Saarland	54,0%	48,0%	52,1%	54,8%
Berlin	49,7%	42,8%	48,6%	47,6%
Brandenburg	50,3%	45,3%	49,3%	50,2%
Mecklenburg-Vorpommern	49,8%	44,1%	49,1%	50,1%
Sachsen	51,3%	46,1%	50,3%	52,2%
Sachsen-Anhalt	51,3%	47,0%	50,2%	52,0%
Thüringen	52,7%	47,3%	51,4%	54,7%

Spendenkonto: 74 863 00, Bank für Sozialwirtschaft AG (BLZ 251 205 10)

Die **alternative Berechnung** des Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) ergibt eine „Mindest-Frauenförderquote“ (2012) von **53,6 Prozent** und damit eine Quote, die dem Anteil der Frauen an den „Langzeitleistungsbeziehenden“ nahe kommt. Die Berechnung der alternativen Frauenförderquote erfolgte auf Grundlage des Anteils der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) und der Hilfequote der Frauen (eLb-Quote) statt auf Grundlage des Anteils der Frauen an den registrierten Arbeitslosen und der Teilarbeitslosenquote der Frauen (jeweils) im Rechtskreis SGB II.¹ Sie ergibt sich rechnerisch wie folgt: Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Spalte 8 in Tabelle 2, Seite 4) mal eLb-Quote der Frauen (die „relative Betroffenheit“: Spalte 11) geteilt durch die Summe aus Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Spalte 8) mal eLb-Quote der Frauen (Spalte 11) und Anteil der Männer an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Spalte 6) mal eLb-Quote der Männer (Spalte 10) (mal 100).

Alle Grunddaten für die Berechnung der „Mindestfrauen-Förderquoten“ im Bund und in den Ländern (noch herrschende Berechnungsmethode und eine mögliche BIAJ-Alternative) finden Sie in den Tabellen 1 und 2 (Seite 3 und 4). **Zudem** sind in Tabelle 3 (Seite 5) nachrichtlich die **Daten zu den „Langzeitleistungsbeziehenden“** (in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monaten hilfebedürftig im Sinne des SGB II) und deren Anteil an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten angefügt. Der dort genannte Anteil der Frauen an den Langzeitleistungsbeziehenden wäre ebenfalls als Alternative zur Berechnung der Mindest-Frauenförderquote geeignet.

Zur Erinnerung: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)² wurden am 16. März 2011 per eMail über die Alternativ-Berechnung der Frauenförderquote informiert. Mit Datum vom 12. August 2011 erfolgte dann die **„Antwort“ des BMAS**. In dem kurzen Schreiben (siehe **Seite 6**) wird zunächst richtig festgestellt: „Ausgangsbasis Ihrer Berechnungen sind alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.“ Und dann, es klingt wie ein Vorwurf und nicht wie eine Herausforderung, Frauen mehr und besser zu fördern: „Im Ergebnis bedeutet das, dass auch Frauen (und Männer) in die Berechnung einbezogen werden, die z.B. wegen der Erziehung und Betreuung ihres Kindes vorübergehend nicht in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II) und damit auch für eine Förderung nicht zur Verfügung stehen.“ Eine **erstaunliche „Antwort“** eines Ministeriums, an dessen Spitze eine Ministerin steht, die immer wieder für Frauenquoten wirbt - allerdings vornehmlich am „oberen Rand des Arbeitsmarktes“ (Aufsichtsräte, Vorstände). Aber vielleicht ändert sich dies ja in Zukunft.

Denn: Die vom BMAS verordneten Kennzahlen (§ 48a SGB II) beziehen sich ausnahmslos auf die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und (zurecht) in keinem Fall auf die arbeitslos registrierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Das müsste doch auch für die Berechnung der Frauenförderquote möglich sein. Und: Im „Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ heißt es im Abschnitt „Besonders langer Leistungsbezug bei Alleinerziehenden“, dafür könne auch „... ein falsches Verständnis vom Regelungsinhalt der Zumutbarkeitsregelung des § 10 Absatz 1 Nummer 3 SGB II eine Erklärung sein.“³ Dieses falsche Verständnis drückt sich auch in der immer noch nicht geänderten Berechnungsmethode der sog. Mindest-Frauenförderquote aus.

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht darum, mehr Frauen durch Androhung von Sanktionen in Maßnahmen zu zwingen, sondern um mehr sinnvolle und von Frauen gewünschte Leistungen der Jobcenter – Regelleistungen und freie Förderung. ■ >>>

¹ siehe dazu die BIAJ-Kurzmitteilung vom 16. März 2011 (<http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/74-hartz-iv-sgb-ii-frauenfoerderquote-mit-alternativ-berechnung-zur-qa-falschen-quoten.html>) und die Ergänzung „Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Alternativ-Berechnung der Frauenförderquote“ vom 20. August 2011 (<http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/137-bmas-zur-alternativ-berechnung-der-frauenfoerderquote-sgb-ii.html>).

² wegen des folgenden Hinweises: „Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begleitet die Anwendung des Leitprinzips Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Bundesregierung und gibt als federführendes Ressort wichtige Impulse.“ (<http://www.gender-mainstreaming.net/>)

³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Lebenslagen in Deutschland. März 2013, S. 123 f

Frauenförderquoten 2012 (Bund, Länder): Berechnungsgrundlagen der herrschenden (falschen) Interpretation des § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB II ("Mindest-Frauenförderquote")
Tabelle 1

Region	zivile Erwerbspersonen Bezugsgröße/Nummer Arbeitslosenquote (alle ziv. EP) Jahresdurchschnitt 2012			Arbeitslose im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) Zähler der Teilzeitarbeitslosenquote SGB II Jahresdurchschnitt 2012					Teilzeitarbeitslosenquote SGB II (Hartz IV) Jahresdurchschnitt 2012			Mindest- beteiligung Förderung Frauen* 2012	realisierte Frauen- förderung 2012	Frauen- förderung Differenz 2012 Ist - Soll
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	Soll	Ist	%punkte
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	Anteil	abs.	Anteil	Sp.4/Sp.1	Sp.5/Sp.2	Sp.7/Sp.3			
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -
Bundesrepublik Deutschland	42.454.793	22.517.473	19.937.301	1.994.811	1.060.104	53,1%	934.707	46,9%	4,7%	4,7%	4,7%	46,8%	43,5%	-3,3
Westdeutschland	34.036.164	18.085.131	15.951.021	1.340.059	701.043	52,3%	639.016	47,7%	3,9%	3,9%	4,0%	48,5%	42,2%	-6,3
Ostdeutschland	8.418.630	4.432.342	3.986.280	654.752	359.061	54,8%	295.691	45,2%	7,8%	8,1%	7,4%	43,0%	45,5%	+2,5
Schleswig-Holstein	1.445.408	757.792	687.614	67.735	37.249	55,0%	30.485	45,0%	4,7%	4,9%	4,4%	42,5%	40,4%	-2,1
Hamburg	943.230	491.599	451.631	50.499	28.447	56,3%	22.052	43,7%	5,4%	5,8%	4,9%	39,5%	43,1%	+3,6
Niedersachsen	4.037.966	2.151.738	1.886.227	181.881	95.549	52,5%	86.332	47,5%	4,5%	4,4%	4,6%	48,2%	42,1%	-6,1
Bremen	328.209	173.140	155.069	30.238	16.502	54,6%	13.736	45,4%	9,2%	9,5%	8,9%	43,6%	44,3%	+0,7
Nordrhein-Westfalen	9.076.729	4.859.270	4.217.455	541.238	285.259	52,7%	255.979	47,3%	6,0%	5,9%	6,1%	48,1%	40,4%	-7,7
Hessen	3.138.719	1.664.389	1.474.330	121.058	62.102	51,3%	58.956	48,7%	3,9%	3,7%	4,0%	50,4%	43,1%	-7,3
Rheinland-Pfalz	2.106.551	1.121.260	985.291	68.651	35.402	51,6%	33.249	48,4%	3,3%	3,2%	3,4%	50,1%	42,8%	-7,3
Baden-Württemberg	5.656.134	2.995.634	2.660.498	127.896	64.478	50,4%	63.418	49,6%	2,3%	2,2%	2,4%	52,1%	45,0%	-7,1
Bayern	6.792.926	3.594.924	3.198.000	127.116	63.713	50,1%	63.403	49,9%	1,9%	1,8%	2,0%	52,7%	45,6%	-7,1
Saarland	510.292	275.385	234.907	23.748	12.342	52,0%	11.406	48,0%	4,7%	4,5%	4,9%	50,0%	42,3%	-7,7
Berlin	1.752.067	920.300	831.763	173.630	99.274	57,2%	74.356	42,8%	9,9%	10,8%	8,9%	38,3%	44,3%	+6,0
Brandenburg	1.338.751	701.668	637.083	95.574	52.292	54,7%	43.282	45,3%	7,1%	7,5%	6,8%	43,0%	44,6%	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	848.918	442.919	405.999	71.619	40.017	55,9%	31.602	44,1%	8,4%	9,0%	7,8%	40,5%	44,5%	+4,0
Sachsen	2.125.488	1.122.451	1.003.037	149.772	80.665	53,9%	69.107	46,1%	7,0%	7,2%	6,9%	45,1%	45,3%	+0,2
Sachsen-Anhalt	1.187.863	625.085	562.776	99.141	52.575	53,0%	46.565	47,0%	8,3%	8,4%	8,3%	46,6%	47,5%	+0,9
Thüringen	1.165.542	619.918	545.622	65.017	34.237	52,7%	30.779	47,3%	5,6%	5,5%	5,6%	47,9%	47,6%	-0,3

* Mindestförderquote (Anteil der Frauen) berechnet gemäß der gegenwärtig herrschenden (falschen) Interpretation des § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB II (analog zur Berechnung der "Mindest-Frauenförderquote" im Rechtskreis SGB III): Sp.8 mal Sp.11 dividiert durch Summe aus Sp.8 mal Sp.11 und Sp.6 mal Sp.10

Frauenförderquoten 2012 (Bund, Länder): Berechnungsgrundlagen der alternativen "Mindest-Frauenförderquoten"
Tabelle 2

Region	Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Ende 2011			erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) Jahresdurchschnitt 2012					eLb-Quote SGB II (Hartz IV) Jahresdurchschnitt 2012			Mindest- beteiligung Förderung alternativ*	realisierte Frauen- förderung 2012	Frauen- förderung Differenz 2012
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	Frauen	Ist	%punkte	
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	Anteil	abs.	Anteil	Sp.4/Sp.1	Sp.5/Sp.2	Sp.7/Sp.3	- 12 -	- 13 -	- 14 -
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -			
Bundesrepublik Deutschland	54.131.105	27.403.397	26.727.708	4.442.894	2.155.204	48,5%	2.287.690	51,5%	8,2%	7,9%	8,6%	53,6%	43,5%	-10,1
Westdeutschland	43.401.323	21.893.136	21.508.187	2.988.698	1.423.234	47,6%	1.565.464	52,4%	6,9%	6,5%	7,3%	55,2%	42,2%	-13,0
Ostdeutschland	10.729.782	5.510.261	5.219.521	1.454.196	731.970	50,3%	722.226	49,7%	13,6%	13,3%	13,8%	50,7%	45,5%	-5,2
Schleswig-Holstein	1.830.613	920.981	909.632	157.297	77.509	49,3%	79.788	50,7%	8,6%	8,4%	8,8%	51,8%	40,4%	-11,4
Hamburg	1.231.630	620.519	611.111	131.232	64.548	49,2%	66.684	50,8%	10,7%	10,4%	10,9%	52,0%	43,1%	-8,9
Niedersachsen	5.163.566	2.614.437	2.549.129	417.791	200.087	47,9%	217.704	52,1%	8,1%	7,7%	8,5%	54,8%	42,1%	-12,7
Bremen	437.217	220.377	216.840	66.223	32.418	49,0%	33.805	51,0%	15,1%	14,7%	15,6%	52,5%	44,3%	-8,2
Nordrhein-Westfalen	11.784.173	5.921.039	5.863.134	1.126.267	543.469	48,3%	582.798	51,7%	9,6%	9,2%	9,9%	53,7%	40,4%	-13,3
Hessen	4.048.491	2.036.847	2.011.644	280.239	132.457	47,3%	147.781	52,7%	6,9%	6,5%	7,3%	55,8%	43,1%	-12,7
Rheinland-Pfalz	2.644.828	1.336.682	1.308.146	154.825	73.034	47,2%	81.790	52,8%	5,9%	5,5%	6,3%	56,2%	42,8%	-13,4
Baden-Württemberg	7.181.058	3.632.612	3.548.446	302.073	138.816	46,0%	163.257	54,0%	4,2%	3,8%	4,6%	58,6%	45,0%	-13,6
Bayern	8.408.027	4.250.439	4.157.588	298.680	135.018	45,2%	163.662	54,8%	3,6%	3,2%	3,9%	60,0%	45,6%	-14,4
Saarland	671.720	339.203	332.517	54.073	25.877	47,9%	28.196	52,1%	8,0%	7,6%	8,5%	54,8%	42,3%	-12,5
Berlin	2.406.146	1.212.177	1.193.969	422.227	217.038	51,4%	205.188	48,6%	17,5%	17,9%	17,2%	47,6%	44,3%	-3,3
Brandenburg	1.643.480	848.166	795.314	196.769	99.747	50,7%	97.022	49,3%	12,0%	11,8%	12,2%	50,2%	44,6%	-5,6
Mecklenburg-Vorpommern	1.086.614	563.120	523.494	150.050	76.311	50,9%	73.739	49,1%	13,8%	13,6%	14,1%	50,1%	44,5%	-5,6
Sachsen	2.638.768	1.360.600	1.278.168	318.849	158.340	49,7%	160.509	50,3%	12,1%	11,6%	12,6%	52,2%	45,3%	-6,9
Sachsen-Anhalt	1.498.664	771.522	727.142	222.692	110.793	49,8%	111.899	50,2%	14,9%	14,4%	15,4%	52,0%	47,5%	-4,5
Thüringen	1.456.110	754.676	701.434	143.609	69.741	48,6%	73.869	51,4%	9,9%	9,2%	10,5%	54,7%	47,6%	-7,1

* alternative BIAJ-Berechnung der Mindestförderquote (Anteil der Frauen) gemäß einer dem SGB II entsprechenden Interpretation des § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB II (in Anlehnung an Berechnung der "Mindestfrauenförderquote" im Rechtskreis SGB III - Berechnung, statt auf Grundlage der registrierten Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten, der Zielsetzung im SGB II entsprechend - Beendigung bzw. Reduzierung der Hilfebedürftigkeit der Leistungsberechtigten - auf Grundlage der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und eLb-Quoten): Sp.8 mal Sp.11 dividiert durch Summe aus Sp.8 mal Sp.11 und Sp.6 mal Sp.10

Nachrichtlich: Vergleich der alternativen "Mindest-Frauenförderquote" mit dem Anteil der Frauen an den Langzeitleistungsbeziehende (LZB)

Tabelle 3

Region	erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLB)			darunter Langzeitleistungsbeziehende (LZB)					Anteil der LZB (i, m, w) an den eLB (i, m, w)			Mindestbeteiligung Förderung alternativ* 2012	Differenz Sp.12 - Sp.8 %punkte	Differenz gegenw. Mindest-Quote - Sp. 8 %punkte
	Jahresdurchschnitt 2012			Jahresdurchschnitt 2012										
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich			
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	Anteil	abs.	Anteil	Sp.4/Sp.1	Sp.5/Sp.2	Sp.7/Sp.3			
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -	
Bundesrepublik Deutschland	4.442.894	2.155.204	2.287.690	3.052.543	1.437.467	47,1%	1.615.077	52,9%	68,7%	66,7%	70,6%	53,6%	+0,7	-6,2
Westdeutschland	2.988.698	1.423.234	1.565.464	1.989.699	913.105	45,9%	1.076.594	54,1%	66,6%	64,2%	68,8%	55,2%	+1,1	-5,6
Ostdeutschland	1.454.196	731.970	722.226	1.062.845	524.362	49,3%	538.483	50,7%	73,1%	71,6%	74,6%	50,7%	+0,0	-7,7
Schleswig-Holstein	157.297	77.509	79.788	104.972	50.531	48,1%	54.440	51,9%	66,7%	65,2%	68,2%	51,8%	-0,1	-9,4
Hamburg	131.232	64.548	66.684	91.360	43.496	47,6%	47.864	52,4%	69,6%	67,4%	71,8%	52,0%	-0,4	-12,8
Niedersachsen	417.791	200.087	217.704	283.778	132.061	46,5%	151.717	53,5%	67,9%	66,0%	69,7%	54,8%	+1,4	-5,2
Bremen	66.223	32.418	33.805	47.065	22.325	47,4%	24.741	52,6%	71,1%	68,9%	73,2%	52,5%	-0,1	-9,0
Nordrhein-Westfalen	1.126.267	543.469	582.798	769.562	357.665	46,5%	411.897	53,5%	68,3%	65,8%	70,7%	53,7%	+0,2	-5,4
Hessen	280.239	132.457	147.781	183.273	83.010	45,3%	100.263	54,7%	65,4%	62,7%	67,8%	55,8%	+1,1	-4,3
Rheinland-Pfalz	154.825	73.034	81.790	98.158	44.289	45,1%	53.870	54,9%	63,4%	60,6%	65,9%	56,2%	+1,3	-4,8
Baden-Württemberg	302.073	138.816	163.257	189.974	83.562	44,0%	106.412	56,0%	62,9%	60,2%	65,2%	58,6%	+2,6	-3,9
Bayern	298.680	135.018	163.662	184.480	79.106	42,9%	105.374	57,1%	61,8%	58,6%	64,4%	60,0%	+2,9	-4,4
Saarland	54.073	25.877	28.196	37.076	17.061	46,0%	20.016	54,0%	68,6%	65,9%	71,0%	54,8%	+0,8	-4,0
Berlin	422.227	217.038	205.188	306.049	154.084	50,3%	151.965	49,7%	72,5%	71,0%	74,1%	47,6%	-2,1	-11,4
Brandenburg	196.769	99.747	97.022	144.438	71.816	49,7%	72.622	50,3%	73,4%	72,0%	74,9%	50,2%	-0,1	-7,3
Mecklenburg-Vorpommern	150.050	76.311	73.739	109.223	54.784	50,2%	54.439	49,8%	72,8%	71,8%	73,8%	50,1%	+0,3	-9,4
Sachsen	318.849	158.340	160.509	234.779	114.417	48,7%	120.362	51,3%	73,6%	72,3%	75,0%	52,2%	+1,0	-6,2
Sachsen-Anhalt	222.692	110.793	111.899	166.475	81.054	48,7%	85.422	51,3%	74,8%	73,2%	76,3%	52,0%	+0,7	-4,8
Thüringen	143.609	69.741	73.869	101.880	48.208	47,3%	53.672	52,7%	70,9%	69,1%	72,7%	54,7%	+2,0	-4,8

* siehe Tabelle 2 (Spalte 12 und Fußnote *)

** erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II), die in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfebedürftig waren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, diverse Statistiken (insbesondere Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Grunddaten Kennzahlenvergleich § 48a SGB II); Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung); eigene Berechnungen (BIAJ) (geringfügige Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich)



E: 17.08.2011

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Herrn
Paul M. Schröder
Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und
Jugendberufshilfe (BIAJ)
Knochenhauerstr. 20-25
28195 Bremen

REFERAT II b 1
BEARBEITET VON Frau Schade
HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin
TEL +49 30 18 527-0
FAX +49 30 18 527-5137
E-MAIL info@bmas.bund.de
INTERNET www.bmas.de

Berlin, 12. August 2011
AZ IIb1-96-Schröder

Sehr geehrter Herr Schröder,

ich komme auf meine Zwischenmitteilung vom 20. Mai 2011 und damit auf Ihre E-Mail vom 16. März 2011 zurück, in der Sie Überlegungen zur Berechnung der Frauenförderquote im SGB II anstellen. Ausgangsbasis Ihrer Berechnungen sind alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Damit berücksichtigen Sie sowohl alle arbeitslosen und als auch arbeitssuchenden Frauen (und Männer), die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen. Im Ergebnis bedeutet das, dass auch Frauen (und Männer) in die Berechnung einbezogen werden, die z. B. wegen der Erziehung und Betreuung ihres Kindes vorübergehend nicht in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II) und damit auch für eine Förderung vorübergehend nicht zur Verfügung stehen.

Im übrigen verweise ich auf ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 8. März 2010, dass künftig von einer Beantwortung Ihrer Ausarbeitungen abgesehen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Schade